

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einchl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 29. Dezember 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mk. die längste Spalte. Stelle: Anst., Verkaufs- und alle sonstigen Zeitungsstellen 2 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 149

Tarifgemeinschaft — Tariflosigkeit

Die nachstehend in Betracht kommenden Ereignisse liegen weit zurück. Ursprünglich waren Wien und die deutschen Provinzen Österreichs. Zeit: 1876. Es war große Tarifbewegung. Der Börsenkrach des Weltausstellungsjahrs 1873 hatte schwere Nöte und große Stellenlosigkeit im Gefolge und wirkte danach noch lange auf die breiten Bevölkerungsschichten hart und herb. Schon im Winter 1875/76 setzte deshalb ein kräftiges Ringen der Wiener Kollegen nach geltenderen Tarifverhältnissen ein. Die Gegenstelle verstand es aber, die Verhandlungen immer mehr hinauszuschieben.

Da sich den Kollegen der Geduldsfrist — es kam zum Streik. Doch leider rechtlich spät. Schon war es Mal. Die Sauregurkenzeit drängte ihre Schellen voraus. Von der Bewegung wurden in der Hauptsache die Großbetriebe erlaßt, die kleinen Geschäfte blieben zunächst links liegen. Alle Anstrengungen gingen jetzt Gulenbergs Sängern entgegen einen gänzlichem Mißerfolg — die nachfolgenden Kämpfe trönten des Sieges, und unter Wien war ärger als je zuvor.

Wichtige Tariflosigkeit trat ein. „Schwarze Kunst“ Tempel mit Arbeitsüberwucherung wurden Mode. Einzelstrome mit mindestens je einem Hundert Lehrlingen und einem oder keinem Gehilfen waren wie Giftpilze aus dem Boden gewachsen. Gehilfen waren viele Hunderte brotlos, suchten in fremden Berufen unterzukommen; auch als Wagenführer und als Fischer. Der Mißbrauch der tariflosen Zeit ging so weit, daß viele Kollegen, die so „glücklich“ waren, im Laufe der Zeit, bis 6 Gulden Wochenlohn erlitten (= ungefähr 9 Mk.).

Mieter Anflug dankte bis 1882. Ein bestiger Buchdruckerstreik brach los und dauerte gut zwei Monate. Die Großbetriebe, an der Spitze die Staatsdruckerei, richteten auch die gesamte Verewellungsübertragung der Wiener Buchdruckerergelienchaft zugrunde. Die mit Karstentherm beschäftigten „Druckerherren im eigenen Hause“ hatten allerdings auch nicht zu lachen: ihre „Aus-ders-Nob-Keller“ zerfielen die Metalllinien, zerbrachen oder verschnitten die Durchschubregatten und hinterließen Berge von Schrottschutt, so daß Monate mit Mühsal vergingen. Alle Schreibräusen, Pressen und Malchinen Karren vor Schmutz und Verwüstung.

Wieder verloren die Gehilfen. Damals aber kam es zu einer leidlichen Verkündigung beider Parteien. Die Materialversorger räumten das Feld — auch so mancher derer vom Herrn-im-Hause-Standpunkte mußte daran glauben, ging pleite. Aber: sie hatten „geleitet“...

Auflösung der Tarifgemeinschaft bedeutet: Arbeitsmilitarismus, Schmutzkonkurrenz der Prinzipale und Gehilfen, jeder in seinem Streik; Abmachungen von Ort zu Ort; schließlich sogar druckerweise. Und mit welchen Abweichungen! Wer einmal die Zerfahrenheit der Tariflosigkeit mitgemacht hat, der wünscht sie der Kollegenchaft und sich selber für immer ferngehalten. Deshalb erfüllt uns der Kampf dort oben in Ostpreußen für die Tarifgemeinschaft und gegen die Tariflosigkeit mit Stolz. Gerade, daß die ostpreussischen Provinzprinzipale von der Tarifgemeinschaft losrücken, zwingt uns, für ihre Erhaltung die gewöhnlichen Mittel einzusetzen. An Altersschwäche leidet unter Tarifgemeinschaft keineswegs: Beweis die Kräftefolge in der letzten Zeit, die nicht so geringfügig beurteilt werden sollten, wie es häufig in Verammlungen geschieht.

Berlin.

S. Krebs.

Grinste Wahrheiten

Nach dem Rezen des Vorkriegs in Nr. 146 ist mir das Herz voll und der Mund muß reden. Der kleinste Teil der Kollegenchaft nur kann mit der Leipziger Vereinbarungen unzufrieden sein; der überwiegende Teil steht darin einen guten Schritt nach vornwärts, wenn er uns auch noch nicht das wirkliche Existenzminimum gebracht hat.

In der Vorkriegszeit betrug das Minimum in Berlin 34,38 Mk., jetzt 55,3 Mk., das ist 16mal soviel. Die Arbeitszeit betrug acht Stunden. Außerdem haben die Kollegen Anspruch auf Ferien. Der Herr-im-Hause-Standpunkt ist bedeutend gemindert, wenn auch nicht ganz verschwunden. Das sind doch Ideale, für die die alten Kollegen immer gekämpft und gestritten haben, die in der Hauptsache durch die Tarifgemeinschaft errungen und festgelegt worden sind. Greuen wir uns dessen und auch

darüber, daß unsere Vertreter immer besser waren als ihr Rat. Leicht wurde und wird es ihnen ja nicht gemacht.

Guch aber, ihr Kollegen, die gar zu laut aufgebeht, möchte ich fragen: Was wäre denn entstanden, wenn die Verhandlungen des Tarifausschusses in Leipzig ergebnislos geendigt hätten? Gewiß Kampf auf der ganzen Linie und dann eine 1917'sche Zeit. Was die bedeutet, wissen aber die wenigsten von euch, weil sie es praktisch nicht durchzumachen trauhten.

Der verloren große Streik von 1891/92 war ein Unglück. Nachdem die Kassen ausgepumpt und auch die in- und die ausländischen Anleihen verbraucht waren, mußte der Streik nach zehn Wochen Dauer als verloren aufgehoben werden. Nun hieß es: Keine sich, wer kann! Unsere Führer erlitten kein Unterkommen, sie mußten, wenn möglich, in der Verewaltung untergebracht werden. (Zeuge dafür ist unter aller, brauer Veltch in der Berliner Verwaltung.) Vertrauensleute und andre rednerisch begabte Kollegen wurden besonders auf den schwarzen Listen der Prinzipale vermerkt; sie waren noch monatelang ohne Arbeit. Die andern Kollegen aber, die froh waren, wieder eingestellt zu werden, mußten einen Reviers unterschreiben, daß sie keiner Organisation angehörten. Viele kehrten schließlich unsern Verbände den Rücken. Wie es aber nicht lafen, standen vielfach verbedet. Ganz im geheimen konnte man sich nur noch in den einzelnen Geschäften verständigen. Arbeitszeit, Überstunden, Lohn, Lehrlingsverhältnisse wurden nun vom Herrn im Hause bestimmt. Besonders schlecht stand es in Rheinland-Westfalen, wo uns nur noch sehr wenige Mitglieder verblieben. Dort konnte man den Verband kaum noch dem Namen nach. Und dann die Minilmindens in dem ominösen Sonderartikel! Die Not war in den Kollegenkreisen aber allgemein stark eingedrungen, die Arbeitslosigkeit ganz enorm. Das war die tariflose Zeit!

Wir erlitten im Jahre 1878 in Berlin 23,40 Mk. Lohn. Stereon ab 3 Mk. Kassengeld (1,80 Mk. Verband, 1,20 Mk. Ortskassenkasse, glaube ich), außerdem noch fast jede Woche eine Sammelkiste. Später gab es 24,60 Mk., dann 27, 30 und 34,38 Mk. Die Invaliden bekamen 1 Mk. pro Tag, später 1,50 Mk. Auf die heutige Zeit umgerechnet würde das ergeben: Verbandsbeitrag wöchentlich 1,80 x 16 = 28,80 Mk. Lohn 55,3 Mk. Invalidenunterstützung wöchentlich 144 Mk. Was aber wird an Beitrag wirklich gezahlt und was an die Invaliden geleistet?

Zählt also noch höhere Beiträge als die nun geforderten, denn ihr tut nicht mehr damit, als wir die vielen Jahre hlerdurch getan haben.

Laßt aber auch den Invaliden Anteil werden, was sie so bitter notwendig brauchen. Viele haben ja doch erst schwer die Grundlage zu dem Heutigen geschaffen. Streibt also weiter vorwärts, laßt aber auch uns Gerechtigkeit widerfahren, dann ist allen geholfen.

Hohen-Neuendorf.

E. Kr.

Eine Rechtfertigung

In Nr. 146 befaßt sich der „Korr.“ mit der neuen Beitragsverhöhung und bemerkt sich, viele Maßnahmen des Verbandsvorstandes zu rechtfertigen und die Mitgliedschaften zur Ration zu bringen, die es versucht haben, sich nicht daran zu üben, oder gar, wie Reichsdeh, sich ablebend zu verhalten.

So müssen nun auch die Reichsdehler Kollegen es einsehen, wenn sie sich zu jenen „gewerkschaftlich lühenden Mitgliedern“ zählen wollen. Ten Ausführungen des „Korr.“ nach ist das nun hier nicht der Fall. Es wird im Gegenteil der Ortsverein Reichsdeh als gewerkschaftlich zu unferst stehend, im Vergleiche zu Königsberg als eine zweite Welt bezeichnet. Diese und ähnliche Einbrüche muß man erheben, wenn man jenen Sanktionsartikel stellt. Doch wer die Mitgliedschaft Reichsdeh besser kennt, wird darüber seine Verwunderung äußern, weil gerade bei ihr Solidarität und Opferwilligkeit keine bloßen Worte sind.

Sicherlich wäre diese Resolution nicht zustande gekommen, wenn der Verbandsvorstand eine andere Motivierung der als so durcheinan notwendig hingestellten Beitragsverhöhung vorgenommen hätte. Denn von Sullingen gewünschten Kampffonds a B. hätte man auch in Reichsdeh mit Bestimmtheit die 2 Mk. nicht vorenthalten.

Man steht doch aber immer wieder, daß der Verbandsvorstand allen durch Streiks entstandenen Nöten derjenigen Ortsvereine, die erluchen, aus der Verbandskasse ihre Schulden decken zu lassen, nur jenes Veto entgegenhält: Es geht nicht laut Beschluß der Generalversammlung. Stehe das denn aber Ansturz eines Beschlusses, wenn in Würdigung der doch immer nur zwingenden Gründe zu einem Streik in solchen Ausnahmefällen seitens der Hauptkassen eingegriffen würde? Klein Kollegen wird sich dazu finden, der das behaupten will. Da nun auch ferner von keinen Anstalten seitens des Verbandsvorstandes, den Prinzipalen im Kampfe zu begegnen, bisher zu sehen war und man sichlecherdings einsehen mußte, daß ein zentraler Kampf in unserer Organisation ausgeschlossen ist, hat man sich auch in Reichsdeh einen Ortskampffonds gegründet. Und so war schon im Anlange des Jahres 1920 ein Extrabeitrag von 7 Mk. den Kollegen nicht zu viel, um gegebenenfalls in etwas gerüstet zu sein. Auch jetzt noch wird bei uns ein wöchentliches Beitrag extra erhoben, um erstens den allen Kampffonds zu stärken und zweitens, um denjenigen beizustehen, die in anderen Orten als Pioniere vorangehen und nun — zu recht aber zu unrecht — in Not geraten sind. Das alles sind Opfer, die von dem Gros der Mitgliedschaft selbst gefordert und getragen werden.

Wenn nun in jener Resolution gesagt wird, der heutige Beitrag wäre schon derart hoch, daß er von vielen Kollegen kaum noch getragen werden kann, so würde es meines Erachtens nicht der Geminnung unser Kollegen entsprechen, wüßten sie, daß die Erhöhung lediglich dem Kampffonds zugute kommt, um ihr klägliches Einkommen, das im hiesigen Gebiete noch immer weit hinter dem eines Industriearbeiters zurückbleibt, aufzubessern. Nichts war im Grunde selbstes dem Verbandsvorstandes davon erwähnt. Wäre die Beitragsverhöhung anders begründet worden, hätte jene Verammlungs bestimmt ein andes Bild gezeigt.

Alle andern Argumente, die im „Korr.“ angeführt sind, hat auch die Reichsdehler Kollegenchaft längst in Betracht gezogen. Wird unser Verband nun eine Kampforganisation werden und uns die Marschrichtung „Durch Kampf zum Sieg“ führen, dann möge er dessen versichert sein, daß ein jeder organisierte Kollege Reichsdeh dem Banner des Verbandes mit Begeisterung und Beharrlichkeit folgen wird. Dann wird es an gewerkschaftlich lühenden Mitgliedern bei uns nicht fehlen und die unglücklichsten Stunden Reichsdeh erlpart bleiben.

O. G.

Anmerkung der Redaktion: Die Reichsdehler Resolution in Nr. 146 nachträglich so interpretiert zu sehen, macht wirklich erkennen. Aber wenn diese Stellungnahme so verstanden sein soll, war die Unterstützung an alle Mitgliedschaften, auch ihrerseits die neue Beitragsverhöhung abzulehnen, nur noch verheißer. Was dem Verbandsvorstande von Reichsdeh vorgehalten und was uns jetzt als, geht also daneben. Die Aufnahme der Beitragsverhöhung im Reichsdeh ja durch die Bekanntmachung der Verbandsbestimmung in der vorliegenden Nummer genügend dargelegt, auch die Verammlungsberichte sowie Zustimmung und Artikel an die Redaktion zeigen deutlich gegen den in der Reichsdehler Resolution zum Ausdruck kommenden Standpunkt.

Täuschel euch nicht!

Der Bericht von den Berliner Bezirksverammlungen in Nr. 145 des „Korr.“ schließt nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses beifriedigende Delegationen zur Generalversammlung und der Bezirksvorstände mit den Worten: „Durch dieses Resultat hat die Opposition gewaltig an Boden verloren“. Von unserm Standpunkt aus ist hiermit das Notwendige dazu gesagt: Zu sehen von den erst Berliner Bezirken hat die „praktische Gewerkschaftsreform“ (S. 20) seit jeder eine, wenn auch zum Teil nur geringe Mehrheit geholt. Und da wir nach dem Mehrheitsprinzip wählen, ist es eine glatte Selbstverständlichkeit, daß diese Aktion bei solchen Wahlen nicht nur die Mehrheit, sondern sämtliche Mandate erobert muß.

Was es unter diesem Wahlmodus im Bezirk ein reiner Unfall, daß die Opposition in zwei Bezirken ihre Delegierten durchbrachte, so ist es in diesem Jahr ein ebensolcher Unfall, daß es nun der Gegenheit gelang. Was gibt es da zu phantastieren? In beiden Jahren handelte es sich um eine knappe Mehrheit. Daß man bei es-gewisse schon im nächsten Bezirke mehr von einem Wahlkuriosum reden darf, zeigt sich darin, daß dieselben Kollegen, die bei der Delegiertenwahl die Liste der SPD. mit knapper Mehrheit wählten, fünf Minuten vorher sich

einen oppositiven Bezirksvorstand gewählt hatten. Der zweite und dritte Bezirk haben aber lediglich bei der Wahl eine Rolle gespielt, alle anderen Bezirke waren auch in den Vorjahren nicht durch Delegierte der Opposition vertreten. Wollte der Berichterstatter ein klares Bild von den Wahlen geben, so hätte er dieser Dinge Erwähnung tun müssen und zu den diesjährigen Wahlresultaten vielleicht das des Vorjahres hinzuzufügen müssen.

Es lei der Vollständigkeit halber noch erwähnt, daß der Gauvorstand, der es nicht für nötig gehalten hatte, vorher sich irgendwie mit der Wahl zu beschäftigen, nach Auffassung der Kandidaten plötzlich bestimmte, daß jeder Stimmzettel die volle Anzahl der Kandidaten enthalten müsse, wenn anders er nicht für ungültig erklärt werden sollte. Wodurch war die Opposition, die in neun Bezirken nur einen ihrer Stärke entsprechenden Teil der Kandidaten aufgestellt hatte, gezwungen, die lebenden Kandidaten von der S.P.D. zu wählen.

Wir wären nicht die Opposition, wenn wir die Mehrheit hätten, und aus diesem Grunde hätte es keinen Zweck, uns mehr in die Laube zu schwindeln, als uns zukommt. Andererseits aber möchten wir uns auch nicht aus der Laube nehmen lassen, was wir tatsächlich darin haben. Die tatsächliche Stärke der Richtungen kann nur durch eine Wahl festgestellt werden. Die Wahlen zur Verbandsgeneralversammlung im kommenden Jahre werden uns dazu Gelegenheit geben, weil das Verbandsstatut die Wahl vorgeschrieben. Dann wollen wir uns sprechen. Berlin-Reußlin. Otto Fiedler.

Zur Berliner Berichterstattung

Zu dem Bericht in Nr. 144 über die Generalversammlung des Berliner Gaues habe ich zu bemerken: Bezüglich des neuen Lohnabkommens habe ich ausgeführt, daß nach einem Bericht im „Korr.“ schon im Oktober d. J. unter Lohn gegenüber der Induzier ein Minus von 90 Mk. pro Woche aufweist. Durch das sprunghafte Emporkommen aller Lebensmittelpreise im Monat November ist diese Differenz noch ganz gewaltig vergrößert worden. In Rücksicht darauf muß das neue Abkommen als unzureichend angesehen werden; um so mehr, als die Zahlung der neuen Zulage nicht mit rückwirkender Kraft erreicht wurde, wie ich es in der vorausgegangenen Generalversammlung verlangt hatte. Aus diesem Grunde kam ich zur Empfehlung der Resolution des Kollegen Napp, die lediglich die Urabstimmung verlangte.

Zu dem Schluß des letzten Berichts will ich nur sagen, was ich in persönlicher Bemerkung dem Kollegen Massini in der Generalversammlung schon erklärte: Dieser gab nämlich bekannt, daß ich am Vormittag desselben Tages auf der Verwaltung mich anerkennend über die Abmachungen in Leipzig geäußert haben sollte, jetzt aber alles herunterreißt. Wahr ist, daß ich mit dem Kollegen Napp ganz unerbittlich ein paar Worte gewechselt habe, die derselbe nun öffentlich glaubte ausschalten zu müssen.

Berlin. G. Barbhach. Anmerkung der Redaktion: Nach des Einigers Ansicht hätte diese Erwähnung ungefähr einmal so groß werden sollen. Dazu hat das Objekt in dem Verammlungsbericht jedoch keinen Anlaß. Wir bringen deshalb nur den sachlichen Kern, und da dieser mit den Bewapungen im Bericht in starkem Widerspruch steht, haben wir, um die Sache kurz zu machen, dem Berichterstatter davon Kenntnis gegeben. Dieser hält aber alles aufrecht und kann für seine Jungen stehen.

Es lebe der Humor!

„Gehnt ichlag“ vor den Kopf ich mir“, verehrt Kollege H. M. in Würzburg (siehe „Korr.“ Nr. 147). Glauben Sie nicht, daß die Zentralkommission der Korrekturen aus Sauertöpfen zusammengeleht ist; auch wir haben Sinn für Humor, selbst wenn er in Drucksehler steckt, die übrigens ja nicht vom Korrektor „verbrochen“, sondern nur hin und wieder einmal übersehen werden. Eine menschliche Schwäche, die aber nicht von den „Häuten“ dazu benutzt werden soll, um die „Verbrecher“ an den Pranger zu schleifen, indem die Druckfehler mit genauer Quellenangabe oder doch so deutlich veröffentlicht werden, daß den Beteiligten Schaden daraus erwächst. Denn oft genug ist erst durch die „Witzblätter“ infolge der Quellenangabe die eine oder die andre Geschäftsleitung auf solchen „wichtigen“ Druckfehler mit der Nase draufgefahren worden.

Im übrigen aber ist es ein billiges Vergnügen, über Druckfehler zu lachen. Wer keine eignen Witze machen kann, möge sich ihrer getroßt bedenken; aber er lasse die Quellenangabe weg oder gebe sie so, daß nicht ein Witzler mit dem Krächtschrei die Quelle herausfährt, wie das in dem Kölner Falle geschah. Dann wird die reine Freude über den Humor des Druckfehlerlesers nicht zur Schadenfreude!

Berlin. Artur Grams.

Faktoren, Obermaschinenmeister, gebt acht!

Eine Erwiderung

Die Korrektur des Faktorenvorstandes des Kreis-ausschusses VIII in Nr. 145 des „Korr.“ läßt in der angeführten Stelle „Zwei Talfachen“ (10. Zeile von oben) die Worte „in Nr. 67 der „Zeitschrift“ vom 22. November 1921“ fort, und gerade darauf kommt es an; eine weitere Veröffentlichung in dieser Angelegenheit brachte die „Zeitschrift“ nicht. Das dürfte auch dem Faktorenvorstandes bekannt sein, daß kein Berliner

Prinzipal auf die Veröffentlichungen in der „Graphischen Welt“ bin die Zulagen zahlt, für ihn ist und bleibt nur die „Zeitschrift“ das maßgebende Organ, und das mit Recht.

Warum tut man so geheimnisvoll und veröffentlicht die Beschlüsse des Kreis-ausschusses VIII nur in der „Graphischen Welt“ (siehe § 10 der Geschäftsordnung der Ausschüsse der Vertragsgemeinschaft)? Weiß man denn nicht, daß die Allgemeinheit ein Interesse an diesen Abmachungen hat, daß die Abmachungen allgemein verbindlich sind? Wenn Zahlen genannt werden, dann sind die Berlin betreffenden auch in den Veröffentlichungen der Vertragsgemeinschaft in der „Zeitschrift“ enthalten, wenn aber Verkaufszifferungen in Frage kommen, dann sind diese nur in der „Graphischen Welt“ zu lesen!

Bedauerlich ist es, daß der Faktorenvorstandes nur auf dieses Schwänzen zurückkommt, auf den Teil „Ein Briefwechsel“ aber mit keinem Wort eingeht.

Freie Faktorenvereinigungen Berlin.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Die Löhne und Zuschläge der Wiener Zeitungs-personale stellen sich nach der letzten Erhöhung der Feuerungszulage um 60 Proz. (gültig ab 28. November) wie folgt:

Gruppe	Arbeitszeit	Minim. Sr.	Nach-ausl. Sr.	Feuerungs-zulage Sr.	Gesamtsam-lohn Sr.	Feier-lags-entl. Sr.
Meldere, Korrekt.,	T	980		12 220	13 200	110
Meldernmeister	N	980	5000	8 092	14 072	150
Siltsmeister	T	920		12 020	12 940	110
	N	920	5000	7 893	13 813	150
Handföher	T			12 004		110
	N			7 926		150
Maschinenföher,	T	960		12 154	13 114	110
Stersol., Maschinl.	N	960	5000	8 026	13 986	150
Korrigierer,	T	800		11 618	12 416	110
Abföher	N	800	5000	7 488	13 288	150
Inferantenmeister	T	920		12 020	12 940	110
	N	920	4000	8 458	13 378	110
Inferantenföher	T	800		11 616	12 416	110
	N	800	4000	8 053	12 853	110
Siltsarbeiter	T	640		9 122	9 762	85
	N	640	4000	5 776	10 416	125

Der Hauptverband der Buchdruckerbesitzer Österreichs hat für die Drucker außerhalb Wiens den Prinzipalen empfohlen, das Stoffgeld der Beibringe einschließlich der Feuerungszulage (erstmalig auszahlbar am 10. Dezember) wie folgt zu gewähren:

Ortsklasse	Ortsklasse I			Ortsklasse II			Ortsklasse III		
	Sr.	Sr.	Sr.	Sr.	Sr.	Sr.	Sr.	Sr.	Sr.
Im ersten Lebrjahre	300	350	400	400	450	500	500	550	600
zweiten "	480	570	650	650	750	850	850	950	1050
dritten "	650	760	850	850	970	1070	1070	1190	1290
vierten "	1100	1200	1450	1450	1600	1750	1750	1900	2050

Für Wien wurde das Beibringstoffgeld festgelegt auf 550 Kr. im ersten, 750 Kr. im zweiten, 1150 Kr. im dritten und 1700 Kr. im vierten Lebrjahre.

Am 19. Dezember fanden wieder Verhandlungen zwischen den Vertretern der im graphischen Kartell vereinigten Organisationen und den Unternehmern statt. Die im Verlaufe des Monats Dezember eingetretene ungewöhnliche Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten sowie der Vergleich der den graphischen Arbeitern gezahlten Löhne im Verhältnis zu denen in andern Berufen haben den Kartellvorstand veranlaßt, die Forderung einer Erhöhung von 100 Proz. vom Gesamtmindestverdienste zu stellen. Die Unternehmer wollten zuerst eine Lohnzuschussremuneration, also quasi eine Wirtschaftsbefähigung, im Ausmaße von 3000 Kr. für qualifizierte Gehilfen gewähren, den Hilfskräften entsprechend weniger. Darauf gingen naturgemäß die Arbeitervertreter nicht ein, sondern bestanden auf einer entsprechenden Erhöhung der Feuerungszulagen. Die Verhandlungen gestalteten sich auf diese Weise äußerst langsam und schwierig. Schließlich gelangten die Unternehmer die Gewährung einer Erhöhung von 30 Proz. zu, was in der höchsten Lohnklasse und Lohnklasse 3267 Kr. beträgt. Dieses überhöhte Angebot der Prinzipale wurde nun der Wiener Vertrauensmänner-vereinbarung vorgelegt, die mit stillschweigender Zustimmung ihrer Unterhändler zur Kenntnis nahm und durch erregte Zwischenrufe zum Ausdruck brachte, daß dieses Angebot unter allen Umständen abzulehnen sei. Die über diesen Bericht erfolgte Debatte zeigte volle Einmütigkeit. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 20. Dezember im Altkölnischen Saale tagende Vertrauensmännerversammlung lehnt die angebotenen 30 Proz. der Unternehmer ab und beauftragt ihre Unterhändler, sofort neue Verhandlungen anzubahnen, um die Feuerungszulage auf das richtige Ausmaß zu bringen. Falls die Unternehmer sich zu einem weiteren Zugeständnisse nicht herbeilassen, sind die notwendigen Schritte zu betreten und der Arbeiterschaft bekanntzugeben. Gleichzeitig muß die neue Feuerungszulage vom 19. Dezember an in Wirksamkeit treten.“ Die Lage im graphischen Gewerbe und in der papierverarbeitenden Industrie ist also sehr gespannt und die Laube nicht von der Hand zu weisen, daß es zu ernstlichen Komplikationen kommen kann.

Unter dem Titel „Die Notlage der Presse“ (drohende Gefahr der Einstellung sämtlicher Zeitungen) veröffentlichte die Vereinigung der österreichischen Tageszeitungen vor einigen Tagen einen Aufruf, in dem es heißt, daß eine Steigerung des gegenwärtigen Papierpreises die Stilllegung der Zeitungsbetriebe zur Folge hätte und damit zur Beschäftigungslosigkeit von mehr als 20 000 Menschen führen würde.

Der Vorstand des graphischen Kartells hat sich in einer seiner letzten Sitzungen mit der von den Papierfabrikanten beabsichtigten Verteuerung der Papierpreise befaßt und ist zu folgenden Beschlüssen gekommen: 1. soll die

Regierung behufs Einschränkung der Ausfuhr der für die Papierherstellung nötigen Rohstoffe interessiert werden; 2. wird die Anbahnung von Verhandlungen mit den Papierfabrikanten wegen genügender Versorgung des Inlandkonsums für auf befunden; 3. wird ein gemeinsames Vorgehen mit den graphischen Unternehmern wegen Erhebung der benötigten Papierlöhne für wünschenswert erachtet.

Kollege Wilhelm Schlegel, der langjährige ehemalige Obmann des Gehilfen-ausschusses der Wiener Buchdrucker, konnte am 28. Dezember auf eine 25jährige Tätigkeit als Verbandsbeamter zurückblicken. Der „Vorwärts“ würdigte die Verdienste des Sublars um die Sache der österreichischen Verbandskollegen in besonderer Weise.

Tschechoslowakei. Nach Blättermeldungen aus Prahburg soll der Streik in der Slowakei auf dem Verhandlungswege beendet sein. Die Facharbeiter erhalten eine wöchentliche Zulage von 25 Kr., die Hilfsarbeiter eine solche von 15 Kr. Ab 1. März erfolgt eine weitere Aufbesserung von 10 Kr.

Schweiz. Die Sitzung des Berufsausschusses in Sachen des Lohnabbaues hat zu keinem Resultat geführt. Der Buchdruckerverein hatte den Antrag eingereicht auf Abbau derjenigen Feuerungszulagen, die zufolge Departemententscheid seit 1. Januar 1921 gezahlt werden. Die Vertreter des Typographenbundes dagegen lehnten einen Lohnabbau ab, das enthielten ab. Nach mehrstündiger Aussprache sollte durch den Vorstand des Einigungsamts eine Vermittlung gesucht und gefunden werden. Dieser erklärte sich aber nach längerer Beratung außerstande, dem Plenum des Berufsausschusses einen gewünschten Vermittlungsantrag zu unterbreiten. Daraufhin gab die Vertretung des Schweizerischen Buchdruckervereins folgende Erklärung zu Protokoll: „Wir stellen fest, daß der Schweizerische Buchdruckerverein, gestützt auf das Berner Übereinkommen und die tatsächlich eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung, berechtigt war, schon im März den Abbau der Sarauer und Berner Zulagen zu verlangen. Er hat von diesem Recht erst auf den 1. Januar 1922 Gebrauch gemacht und dadurch der Wirtschaftslage der Gehilfen trotz der kritischen Lage des Gewerbes Rechnung getragen. Die Vertretung des Buchdruckervereins bedauert, daß eine Verständigung im Berufsausschusse nicht möglich war und lehnt die Verantwortung für die Folgen ab.“ Es muß nun abgewartet werden, was die Prinzipale unter den Folgen verstehen.

Um für alle Fälle gerüstet zu sein gegen die Reaktion, namentlich gegen die eventuelle Verlängerung der Arbeitszeit, fand eine Zusammenkunft der Zentralen der graphischen Verbände statt. Es beschloß folgende Erklärung: „Die gemeinsame Konferenz vom 8. Dezember 1921 der Zentralen der graphischen Gewerkschaftsverbände: Schweizerischer Lithographenbund, Schweizerischer Typographenbund, Schweizerischer Buchdrucker- und Verlegerverband, der Verband der Papier- und graphischen Hilfsarbeiter, erklärt sich im gegenwärtigen Kampfe der Gewerkschaften solidarisch und beschließt, die Verteilung der 48-Stundenwoche und der übrigen Ertragsüberschüssen auf dem Gebiete der Arbeits- und Lohnbedingungen gemeinsam durchzuführen.“ Als logische Folge dieses Beschlusses wurde noch bestimmt, die Vorbereitung der gemeinsamen Arbeit baldigst in die Hand zu nehmen. Es besteht kein Zweifel mehr, daß die Schweiz schweren wirtschaftlichen Kämpfen entgegengehen, wenn die Reaktion auf ihrem begonnenen Wege weitererschreitet.

Schweden. Aus Anlaß der immer mehr spürbaren Arbeitslosigkeit haben nun die graphischen Verbände eine Eingabe an die Regierung gerichtet, um die Einfuhr von Büchern und Drucksachen in schwedischer Sprache sowie von Filzwees aller Art durch ein Einfuhrverbot zu verhindern. In dieser Eingabe wird darauf hingewiesen, daß zur Zeit 600 Mitglieder des Buchdruckerverbandes, das sind 20 Proz., arbeitslos sind. Weiters 900 arbeiten mit verkürzter Arbeitszeit. Der Lithographenverband hat 80 oder 10 Proz. Arbeitslose, während 310 verkürzt arbeiten. Der Schwedische Typographenverband hat 1000 oder 15 Proz. Arbeitslose.

Norwegen. Aus der letzten Statistik des norwegischen Verbandes geht hervor, daß die Zahl der Arbeitslosen 352 oder 10 Proz. aller Mitglieder betrug. In Kristiania waren bei 1905 Mitgliedern 144 Arbeitslose. Das ist seit Jahren die größte Arbeitslosigkeit im Lande. In dem Städtchen Sien haben die 33 Verbandsmitglieder für 10 000 Kr. ein Ferienheim gekauft; eine respektable Leistung bei den schlechten Zeiten.

Rußland. Im Zeitungs-wesen in Sowjetrußland vollzieht sich ein bemerkenswerter Umbruch. Während das Interatenwesen bisher als „bürgerliche Institution“ vom Staat unterdrückt wurde, sind in Zukunft Interaten wieder zugelassen. Aus einer Ankündigung der Moskauer „Iswestija“ geht hervor, daß der Interatenpreis dieser Zeitung für den Raum der Nonparelles 50 000 Rubel beträgt. Arbeitstuchenden wird ein Abzug von 40 Proz. gewährt; Arbeiter haben 35 000 Rubel für die Zeile zu zahlen. Im übrigen fordert das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei in einem Rundschreiben die Hebung der amikanischen Presse. Eine Reihe von Provinzzeitungen sei unter aller Kritik. Die Moskauer „Iswestija“, bisher von Amts wegen unentgeltlich verteilt, haben mit dem Einzelverkauf und dem Abonnement des Blattes sowie mit der Aufnahme von Privatinteraten begonnen. Die Einzelnummer kostet 2000 Rubel, das Monatsabonnement 45 000 Rubel, für Gewerkschafts- und Parteiorgane und einzelne Arbeiter 25 000 Rubel. Die übrigen Blätter sollen folgen, um den Staat von den Ausgaben für die Presse möglichst zu ent-

lassen. Gleichzeitig hat das Wiederaufleben der Privatpresse, zunächst der unpolitischen, angefangen. In Moskau erscheint eine private Zeitschrift für Theater, Sport und Film („Ekran“) und ein privates Anzeigenblatt. In Petersburg beginnt demnächst das „Haus der Schriftsteller“ mit der Herausgabe einer Zeitschrift literarischen Inhalts; ferner ist dort einigen nichtkommunistischen Professoren und früheren Bank- und Industrielleitern die Herausgabe einer wirtschaftlichen Vierteljahrschrift („Ökonomist“) gestattet worden.

Amerika. Wie wir in der deutsch-amerikanischen „Buchdruckerzeitung“ lesen, hat die Merchants' Linotype Company in Brooklyn ihr Personal um ein Viertel reduziert und die Löhne der verbleibenden 2100 Arbeiter um 10 Proz. gekürzt.

Aber den Stand des seit Mai d. J. geführten Kampfes um die 44-Stunden-woche Ende Oktober wurde in der Novembernummer des „Typographical Journal“ berichtet: Kämpfe sind noch in 198 Städten und Ortschaften im Gange, von denen aber viele nur wenige Mitglieder betreffen. Die Städte Toronto, Montreal, Philadelphia, Boston, Cleveland, Pittsburg, St. Louis und Baltimore haben die weitaus größte Anzahl von Ausländern aufzuweisen. Es fanden am Schlusse des Monats Oktober auf der Streikliste 5232 verheiratete, 2129 ledige Mitglieder und 1013 Lehrlinge, im ganzen also 8333 Streikende.

einer Zustiehbelt im allgemeinen keine Rede sein könne, da ja auch die heutige Zulage schon wieder durch die hohen Lebensmittelpreise und sonstigen Preise überholt sei. Aber nach Lage der Sache müßte man sich zustimmen geben. Besonders schwer und mit Recht gelacht wurde die Sachverwendung „mit Wirkung ab 1. Dezember“. Hiermit ließ den Prinzipalen das Hintertürchen offen gelassen, die Zulage für die Klasse C im Betrage von 100 Mk. anteilig da klapp und klar gesagt, „für die Woche, in welcher der 1. Dezember fällt, sind die neuen Zulagen voll zu bezahlen“, so wären Mißverständnisse vermieden worden. Auch sprach man sich teilweise gegen eine neue Erhöhung des Verbandsbeitrags aus, nahm aber an, daß einretendfalls auch eine Erhöhung der einzelnen Unterstützungssätze vorgelesen sei. Die Zustiehbelt war also, wie gelagt, eine allgemeine. Einige örtliche Angelegenheiten schlossen die animiert verlaufene Versammlung.

Stuttgart. Am 1. Dezember nahm eine außerordentlich stark besuchte Versammlung den Bericht des Geschäftsverwalters Aktin entgegen, der über das Wichtigste aus den letzten Tarifauschlußverhandlungen berichtete. Der Referent schilderte die Schwierigkeiten der Verhandlungen, bis ein Resultat erzielt wurde, das man vor der Wehlfähigkeit vertreten konnte. Die beschlossene Stellung sei behauerlich, doch wirke der Zustand gegen früher nicht mehr so ungerecht, als man nicht willkürlich die Grenzen bei 7½, oder 10 Proz. zog, sondern durch automatische Angleichung eine Lösung suchte. Die Konzession in der Lehrlingsfrage wurde bebauert, andererseits anerkannt, daß für die Lehrlinge eine Erhöhung des Kollegeldes erreicht wurde. Auch die Staffeltung in den Altersklassen fand Kritik, doch man laßt sich damit ab, weil die Unterscheidung zwischen Ledigen und Verheirateten vermieden wurde. Daß die diesmahlige Aufarbeitung der Reste aus früheren Tarifauschlußverhandlungen ermöglicht wurde, war dringend nötig. Beifällig aufgenommen wurde die Absicht des Tarifauschusses, künftig die Angleichung des Lohnes an die Feuerungsverhältnisse auf einfachere Weise zu versuchen. Die übrigen Verhandlungspunkte fanden eingehende Würdigung und kritische Beleuchtung. Die Ausführungen des Referenten gipelten in dem mit Beifall aufgenommenen Auspruch: Weitere Fortschritte sind nur möglich, wenn die Geschlossenheit der Kollegenschaft allem vorangestellt wird. Unter dem zweiten Tagesordnungspunkte wurde nach kurzer Begründung durch Kollegen Kasper der Mitgliedschaftsbeitrag von 20 auf 50 Pf. ab 1. Januar 1922 mit Einmütigkeit erhöht. Ebenso wurde einer Erhöhung des Verbandsbeitrags um 2 Mk. ab 1. Januar nach kürzer Debatte mit allen gegen zwei Stimmen zugestimmt. Die Anregung eines Kollegen, den Invaliden durch Sammlungen zu einer Erhöhung ihrer Weibnachsätze zu verhelfen, wurde dem Vorstände zur Erwägung überlesen.

Frier. Am 1. Januar begeht unter Kollege Jakob Nicolay aus Frier sein 50jähriges Berufsjubiläum. Der Jubilar trat am 1. Januar 1872 bei der Firma Emm. Herzog in die Lehre und blieb dort bis zum Frühjahr 1878. Von da bis 1880 arbeitete er bei S. Linz (Frier), von 1880 bis 1883 in Luxemburg (St. Paulusdrucker) und kehrte dann nach seiner Vaterstadt zurück, wo er ab 1. Januar 1884 bis heute wiederum bei der Firma S. Linz als Seher tätig ist. In Anbetracht der schweren Zeiten, die wir jetzt durchleben, hat der Bezirksverein Frier von einer offiziellen Frier Abhandlung genommen. Der Gesangsverein „Appograpla“, dem der Jubilar als inaktives Mitglied angehört, wird ihm aber am 30. Dezember, abends, eine Ovation bereiten, dem sich auch die Gratulation des Geschäftspersonals anschließen wird. Der Bezirksverein Frier aber wünscht dem noch äußert rüstigen und tätigen Kollegen noch eine vieljährige Wirksamkeit im Dienste der schwarzen Kunst.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Tariffamliche Stellenvermittlung. Schwerkrlegsbeschädigter Seher, 33 Jahre alt, Meisterprüfung bestanden, mit Kalkulation vertraut, sucht Bureaustellung; am liebsten in Anhalt, Halberstadt oder Braunschweig. — Schwerkrlegsbeschädigter Seher, 43 Jahre alt, verheiratet, drei Kinder, Weinveräußerung, bisher Korrektor und im Lohnbureau tätig, sucht Stellung als Korrektor oder Aufwärmer; ist auch in Kalkulation bewandert. — In Salzwedel kann Schwerkrlegsbeschädigter Stellung erhalten für Korrekturlesen und leichtere Arbeiten. Um Angabe offener Stellen und Bewerbung bittet das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Nachahmensewerte Beiliste. Aus Anlaß des fünfjährigen Bestehens der „Deutscher Volkszeitung“ (Zentrumsblatt) hat die Geschäftsleitung an alle dort Beschäftigten nach Gehaltszugehörigkeit und Alterszahl Geldbeiträge zur Auszahlung gebracht, und zwar von 50 Mk. an auswärtig bis 800 Mk. 14 Verbandskollegen sind daran beteiligt. — In Plauen i. V. gewählten die beiden bürgerlichen Zeitungen „Vogtländischer Anzeiger“ und „Neue Vogtländische Zeitung“ ihren gesamten Personal eine Weibnachsbeihilfe in gleicher Höhe, und zwar den Verheirateten 250 Mk., den Ledigen 125 Mk. und den Lehrlingen 75 Mk. Die Geschäftsbücherei G. W. Kaiser gewährte dem gesamten Personal, und zwar den Verheirateten mit Kindern 400 Mk., den Verheirateten ohne Kinder 300 Mk., den Ledigen 150 Mk., den Lehrlingen 50 und 75 Mk. und dem weiblichen Hilfspersonal 100 Mk. — Vom Buchdrucker-

beilber J. Trüblich, i. Va. Joseph Deichler, München SO., wurde einem Kollegen anlässlich seines 25jährigen Geschäftsjubiläums der Betrag von 300 Mk. überreicht.

Meisterprüfung. Kollege Kurt Schmidt befand vor der Gewerbetekammer Plauen die Meisterprüfung mit Erfolg. — In Leipzig bestand am 16. Dezember der Korrektor Max Matthes die Meisterprüfung mit Erfolg.

„Der Graphische Bund“. Die Dezembernummer der Betriebszeitschrift für die graphische und papierverarbeitende Industrie mit vorstehendem Titel ist erschienen. Sie bringt neben einem aktuellen Leitartikel „Aussieg und Zusammenhalt“ wieder wertvolle Beiträge: „Praktische Bildungsarbeit“ vom Kollegen Franz Vater in Nürnberg, „Die Abrechnungen in industriellen Betrieben“ von Ingenieur D. Künstler in Magdeburg. Wissenswerter findet sich auch unter den Rubriken „Gehalt und Recht“, „Soziales“, „Die wirtschaftliche Lage“, „Die Gegner“, „Die graphischen Verbände“ und „Das graphische Kartell“.

Katastrophe im Druckgewerbe Österreichs. Auch in Österreich stehen die gesamte graphische Industrie, die Buchverlage und das Setzungsgerber vor einer Katastrophe, wie sie noch keine Industrie erlebt hat. Die Papierindustriellen wollen jetzt mit einem Schlag alle Papierarten, die in Österreich erzeugt werden, um ungefähr 800 Proz. in die Höhe treiben. Das wäre das Tausendfache des Friedenspreises. Die Erhöhung bedeutet, wenn sie zur Tatsache wird, das automatische Aufheben jedes Druckereibetriebs, da niemand für die zu berechnenden Preise Bücher kaufen, Anzeigen bestellen und Setzungen halten wird. Die Wiener Verleger wollen bereits darauf hin, daß, wenn die geforderten Preise im Kraft treten sollten, der Bestand sämtlicher Blätter gefährdet ist und 20000 Berufsangehörige und Angestellte, die in den Betrieben der Wiener Zeitungen beschäftigt sind, brotlos werden. Es ist die höchste Zeit, daß auch hier ganze Arbeit geleistet wird, daß die Fabriken unter schärfster Kontrolle gestellt und schließlich sozialisiert werden. Das Kapital ist hüben wie drüben am Werke, die neue Zeit, die schon durch die Friedensverträge versetzt und verbogen wird, vollends zugrunde zu richten. In der Arbeiterkassal liegt es, diesen Mächten mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten.

Professor Graf Francke †. Der langjährige Herausgeber der „Sozialen Praxis“, Professor Dr. Francke, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, ist am 23. Dezember nach längerem Leiden im 70. Lebensjahr in Freiburg i. B. gestorben. Francke ist als eminentester Sozialpolitiker bereits in einer Zeit in Schrift und Wort hervorgetreten, als die Beschäftigung mit sozialpolitischen Fragen von den herrschenden Kreisen noch als haarspalterisch angesehen wurde. Später hat er als Herausgeber der „Sozialen Praxis“ und als Generalsekretär der Gesellschaft für Soziale Reform den Kampf der Arbeiterkassal um die Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung eifrig unterstützt. Dafür wissen Professor Francke namentlich die Gewerkschaften Dank, mit denen er immer in Fühlung geblieben ist. Der Name Professor Franckes ist weit über die deutschen Grenzen bekannt und geachtet. In der Geschichte der sozialpolitischen Kämpfe in Deutschland wird sich sein edles Wirken widerspiegeln!

Gegen die Überstundenverordnung in Sachsen. Die bekannte sächsische Überstundenverordnung, die zum Schutze des Arbeitsnennungs, aus gesundheitslichen Gründen und mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschende große Arbeitslosigkeit erlassen wurde, war auch dem Valutaausverkauf recht ungelogen. Sie wirkte auf die Unternehmer weit das rote Tuch auf den Siler. Dabei wird die Verordnung noch sehr gelinde gehandhabt, da von 2027 Überstundengeldern nur 300 Gekuche abgehehlt wurden. Auch die Leipziger Buchdruckerbeilber halten an das Leipziger Gewerbeamt eine Eingabe gerichtet, worüber wir in Nr. 118 unter „Rundschau“ ausführlich berichteten. Sie verlangten wegen des lebhaften Geschäftsganges und zur Fertigstellung der an bestimmte Termine gebundenen Druckerarbeiten bis zu zehn Überstunden pro Arbeiter und Woche ohne besondere Prüfung der einzelnen Fälle. Auch im Reichstagslage kam die Angelegenheit zur Sprache von einem Arbeitervertreter; seitens der Regierung wurde kurz ihr die Leipziger Prinzipale abwesender Standpunkt betont. Die Gruppe Sachsen des Deutschen Arbeitgeberverbandes unternahm es sogar, das Reichsministerium anzureufen, um eine Aufhebung der Verordnung, die auf gleichmäßigem Boden steht, zu erzielen. Auch die Deutsche Volkspartei hatte sich für die „Nöte“ der Auslandsgeschäftsmacher und Valutagewinner erwärmt und einen Antrag auf Aufhebung der Verordnung im sächsischen Landtage gestellt, der natürlich abgelehnt wurde. Begründet wurde der Antrag damit, daß Sachsen auf den Export angewiesen sei. Die Arbeiter wären zu Überstunden bereit. Der Arbeitsnennungs werde sowieso eines Tages lang- und kluglos verschwinden. Der bedauerlicherweise mit Ende dieses Jahres zurücktretende Arbeitsminister Tüdel zeigte in aller Deutlichkeit, daß sich die von ihm herausgegebene Dienstanweisung glänzend bewährt hat. Dabei beachtete er auch scharf die Ausbeuterpraktiken der Unternehmer, die gern niedrige Löhne zahlten, um auf Kosten der Gesundheit Überstunden machen zu lassen. Die Unternehmer sollten nur den Feuerungsverhältnissen entsprechende Löhne zahlen. Im Hand von Zahlen zeigte der Minister in wie großem Umfange die Arbeiterchutzbestimmungen nicht eingehalten werden, und wie das noch von den Richtern durch scharf geringe Strafen unterläßt wird. Der Landesgewerbeamt Dr. Thiele entwarf ein geradezu erschütterndes Bild vom Gesundheitszustande des sächsischen Volkes. Seine Ausführungen, die sich auf die Ergebnisse der neuesten Untersuchungen stützen, verdienen in weitestest Öffentlichkeit verbreitet zu werden; sie waren die Maß-

nungen des praktisch fälligen Wissenschaftlers, die dahin auslaufen, endlich mit dem Raubbau an der Volksgesundheit einzuhalten. Wegen diese Taten vermochten die Wortführer der Industrie nicht aufzukommen, zumal ihnen noch in der Diskussion die Kräfte gehörig gefehlen wurden. Zur Ausbreitung kam noch, daß die Unternehmer inemalig vorau klararbeiten, den Arbeitslundenlag zu durchbrechen. Es muß klarer als bisher geprüft werden, ob die Arbeitsstundenarbeit notwendig ist.

Ein Lohnvertrag des sächsischen Arbeitsministeriums. Unter dem Titel „Lohn- und Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiter, der kaufmännischen Angestellten und Beamten, der technischen Angestellten, Beamten und Werkmeister im Freistaat Sachsen, nach dem Stande der Tarifverträge vom Ende November 1921“, wurde soeben ein beachtenswertes Buch vom sächsischen Arbeitsministerium herausgegeben. Als Verfasser zeichnet Regierungsrat Heinrich Brand, ehemals Angestellter des Metallarbeiterverbandes in Dresden. Es handelt sich dabei um ein reines Tabellen- und Zahlenwerk, das seiner Natur nach und aus seinem hohen Preis wegen (30 Mk.) weniger für die Allgemeinheit als für Gewerkschaftsangehörige, Politiker, Redaktionen, Arbeiter- und Betriebsratslehrer bestimmt ist. Das Buch gibt ausreichende und zuverlässige Auskunft über die Arbeitsverhältnisse aller Berufsstände. Um durch die heutzutage stark schwankenden Lohnverhältnisse das Buch nicht wertlos werden zu lassen, ist

Vorsorge getroffen, daß Änderungen bequem nachzutragen sind. Es werden zu diesem Zweck vom sächsischen Arbeitsministeriums logenante Leihblätter herausgegeben. Das Begrüßungswort an der ganzen Sache ist, daß von amtlicher Stelle aus einmal der Versuch unternommen wurde, ein derartiges wichtiges Nachschlagewerk zu schaffen. Soll indes wirklich Durchgreifendes auf dem Gebiete geschehen, so müßte sich die Reichsregierung zur Herausgabe eines solchen Lohnlexikons entschließen. Dahnstehende Befreiungen sollen bereits im Gange sein.

Vorkriegspreise für Drucksachen in Frankreich. Nach einem Bericht aus Marseille sind die Buchdruckereien gut beschickt. Die Preise von Buchkarten sind auf den Vorkriegsstand zurückgekehrt. Die großen Druckereien stellen Aktienkarten auf 1/2 Franken für 2,75 Fr. das Hundert her. 1000 Briefumschläge kosten 2 Fr., dagegen werden von Pariser Druckereien für 1000 Briefumschläge mit Kopfsdruck 11 Fr. berechnet.

Briefkästen

Nach G.: Geladene Nummern dankend erhalten. - Siebert in Spandenburg; Gleich auf früherer Seite 5. W. Siebert in Berlin; doch nur die Firma Gebauer Siebert hat. Bitte hat laut Bekannmachung des Tarifamts in voriger Nummer ihren Austritt aus der Tarifgemeinschaft erklärt, deshalb kann ihr Gehilfenverhältnis nicht aufgenommen werden. - Nach Böhmen: Menden Sie sich wegen der gewünschten Adressen an den Vorstand des Tschechischen

Verbandsnachrichten. In Sofia, Nr. 15. - J. B. in A.: Dankens

Verbandsnachrichten

Verband, Bureau: Berlin SW 29, Charlottenplatz 5 II.
 Geschäftsleiter: Emil Kuntze, Nr. 191.

Von Mittelheim. Die Firmen Hennrich in Traben-Trarbach, Weyrecht sowie Krauß in Eberbach (Kreis Heilbronn) sind zur Verbandsmitgliedschaft und tarifliche Gehilfen gesperrt. Zuwiderhandlungen verfallen dem Ausschluss aus der Organisation in d. d. Tarifgemeinschaft. Der Gauvorsitz.

Adressenveränderungen

Tellichsch, Vorherrscher: Fern- u. Liebau, Bitterfelder Str. 4 I.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingebungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
 Im Gau Bayern 1. Simon Biberger, geb. in Vollenborn 1891, angebl. 1907; 2. Matthias Janzen, geb. in Koblitz 1882, angebl. 1900; waren schon Mitglieder. - Hans Kemmerich in Mandau, Schulstraße 24 I.
 Im Gau Schleswig-Holstein der Seher Wilhelm Finke, geb. in Bismarck 1895, angebl. 1913; war noch nicht Mitglied. - Martin Prater in Kiel, Schauenburgerstraße 31 p.
 Im Gau Thüringen 1. der Seher Karl Wollath, geb. in Schlan (Ostpreußen) 1882, ausgeh. in Fritz (Böhmen) 1900; war schon Mitglied; 2. der Arbeiter Johannes Bernlein, geb. in Samler 1901, ausgeh. in Hamburg 1921; war noch nicht Mitglied. - Emil Prox in Weimar, Bühlstraße 36.

Die Berliner Kollegen des V. d. B. werden hiermit zu unserm

Winterfest

das am 1. Januar 1922, nachmittags 5 Uhr, in den „Central-Gesellschaften“, Alle Fährstraße 32, stattfinden, herzlich eingeladen. [10]

Ein abwechslungsreiches Programm mit Theater, Vorträgen in deutscher und russischer Sprache, russischen Tänzen usw. wird den wertvollen Gästen einen sehr unterhaltenden Abend verschaffen und für gute Stimmung sorgen.

Vereinigung der russischen Seher in Berlin.

Stiller, korrekter

Typographieber

für unsere fast neue U.B.-Maschine in dauernde Stellung gesucht. Künste Paris und genaue Maschinenkenntnis Bedingung. [983]

C. H. Walter, Tellichsch bei Leipzig.

„Typographia“ Berlin

Achtung! Sänger!

Die für diese Woche geplante Abungsstunde fällt aus. Nächste Abungsstunde: Dienstag, den 3. Januar. Vollständiges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Am 20. Dezember verstarb plötzlich unter langjährigem Verbandsmitgliedschaft und Kollegen, der Seher

Hugo Scholz

geb. 14. März 1866 zu Primmehau. Einer der Ältesten ist dahingegangen, dem wir jederzeit ein ehrendes Gedenken bewahren. Das Personal der Buchdruckerei „Der Holzmarkt“, Berlin.

Bandwurm (Spul- u. Madenwürmer)

diese Schmarotzer entziehen dem Körper die besten Säfte; der Mensch wird dünn, nervös, stinkt und schläft. Reichliche und blutarme Frauen und Mädchen, Magen- und Nervenleidende sowie nervöse Personen usw. leiden in den meisten Fällen an Eingeweidewürmern, erkennen aber ihre Krankheit nicht. Ehe Sie etwas dagegen unternehmen, verlangen Sie Auskunft gegen 1 Mk. in Stoffschneide. Keine Süngeher! [6]

Wurm-Ärzt, Hamburg 11a 121.

Fächler

Maschinenmeister

welcher das Einlegen an die Maschine besorgen kann für Buchdruckerei in Luxemburg, Stadt gesucht. [10]

Offert. unter Nr. 18 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Kollege Gustav Müller

wo stehtst du? Deine Adresse erbittet unser [22]

G. Zeit, Memel („Memel. Volksstimme“).

Am 17. Dezember verstarb unerwartet, infolge eines Gehirnschlags, unter lieber Kollegen, der Seher

Michael Mohr

im Alter von 56 Jahren. Sein Andenken wird jederzeit in Ehren halten. Der Bezirksverein Nachen. [14]

Erstklassiger Illustrations- und Farbendrucker

für feinsten Kupferstich, Preis- und Mehrfarbendruck von mittlerer, modern eingerichteter Druckerei Thüringens in dauernde, gutbezahlte Stellung für Mitte Januar gesucht. Nur wirklich tüchtige, an persönlich sauberer Arbeiten gewöhnte Herren wollen Angebote unter J. 990 an die Geschäftsstelle d. Bl. einbringen.

zurichten

schließen, geben haben; Dohn sucht. Gebr. Arnold & Co., Schriftsetzer, Berlin SW 48, Friedrichstraße 16.

Typographiemaschinen, Siegedruckpressen, Inlegeapparate

Grasfelle, Mathejen usw. repariert schnell und preiswert. Monteur zur Verfügung. Erstklassige Referenzen. [58]

Karl Hermann, Leipzig-Connewitz, Biederstraße 27. (Tel. 35483.)

Am 4. Dezember in Ronsdorf unter lieber Kollegen, der Seher

Heinrich Kofke

im Alter von 76 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm seine Kollegen von B. G. Teubner, Leipzig. [981]

Spanier!

Wir suchen zu sofortigem Eintritt perfekten Seher für spanischen Interaktant in dauernde Stellung. [16]

Bisherige Tätigkeit usw. an C. W. Vogel, Großbuchdruckerei und Verlag, Abt. 212, Pöschel 1. Thür.

Wo

und unter welchen Bedingungen kann ich junger Schmelzberger, 19 Jahre alt, an der Schmaltze ausbilden? [10]

Offert. unter Nr. 4 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Am 20. Dezember verstarb unter lieber Kollegen, der Seher invalide

Heinrich Kofke

im Alter von 76 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm seine Kollegen von B. G. Teubner, Leipzig. [981]

Am 7. Dezember verstarb nach längerer Krankheit unter lieber Kollegen, der Seher

Paul Altmann

aus Almbach l. Sa., im Alter von 33 Jahren. Wir werden seinen Platz in Ehren gedenken. Bezirks- und Ortsverein Bismarck. [1965]

Tüchtige Linotypsetzer

mit mehrjähriger Praxis zum möglichst sofortigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht. [13]

Offert. mit Zeugnisabschriften an Gredebeul & Aoenen, Essen.

Jünger, tüchtiger

Akzidenzsetzer

der auch mit den übrigen Scharfen vertraut ist, sucht gleichwohl eine Anstellung. Angebote unter Nr. 7 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten. [11]

Am 26. Dezember verstarb unter lieber Kollegen, der Seher

Bernhard Rippold

aus Mülheim b. Merseburg. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren [24]

Das Personal der Firma Stoll jun., Leipzig.

Am 7. Dezember verstarb nach längerer Krankheit unter lieber Kollegen, der Seher

Paul Altmann

aus Almbach l. Sa., im Alter von 33 Jahren. Wir werden seinen Platz in Ehren gedenken. Bezirks- und Ortsverein Bismarck. [1965]

Tüchtige Linotypsetzer

mit mehrjähriger Praxis zum möglichst sofortigen Eintritt in dauernde Stellung gesucht. [13]

Offert. mit Zeugnisabschriften an Gredebeul & Aoenen, Essen.

Jünger Seher

im ersten Gehilfenjahr, in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, arbeitsfreudig, sucht zum 2. Januar Stellung. Egal wohin. [9]

Angebote erbeten an Georg Roth, Zenmarkt 1. Schl., Ronladstraße 15.

Am 18. Dezember verschied unter lieber Kollegen, der Seher invalide

Karl Späthe

im 74. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Orts- und Bezirksverein Altenburg (S. A.). [20]

Am 7. Dezember verstarb nach längerer Krankheit unter lieber Kollegen, der Seher

Paul Altmann

aus Almbach l. Sa., im Alter von 33 Jahren. Wir werden seinen Platz in Ehren gedenken. Bezirks- und Ortsverein Bismarck. [1965]

Schiffsetzer

in Wochenlohn. Stellung dauernd. Bewerbungen erbeten! C. W. Vogel, Großbuchdruckerei und Verlag, Abt. 212, Pöschel 1. Thür.

Zeitungssetzer

event. Schmelzberger. Gest. Jul. Hoffm. an Arthur Naujoks, Perleberg, Hagenstr. 47.

Am 18. Dezember verschied unter lieber Kollegen, der Seher invalide

Karl Späthe

im 74. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Orts- und Bezirksverein Altenburg (S. A.). [20]

Am 7. Dezember verstarb nach längerer Krankheit unter lieber Kollegen, der Seher

Paul Altmann

aus Almbach l. Sa., im Alter von 33 Jahren. Wir werden seinen Platz in Ehren gedenken. Bezirks- und Ortsverein Bismarck. [1965]

Wird jungem, tüchtigem Typographen (23 Jahre alt) Gelegenheit geboten, sich an der

Linotype

auszubilden, u. zu welchen Beding. Gest. Angeb. erbeten an C. Winkelreth, Essen, Trimgardstr. 33.

Welcher Buchdruckerei-Großbetrieb

bietet hiesigebeständigem Schriftsetzer (ein Auge) dauernde Stellung in Seher- oder Monteur? Eventuell Ausbildung an Schreibmaschine. Wohin egal! [23]

Merke! Angebote erbeten unter Z 10 an Geibel, Hamburg 33, Wiefendamm 17.

Am 18. Dezember verschied unter lieber Kollegen, der Seher invalide

Karl Späthe

im 74. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Orts- und Bezirksverein Altenburg (S. A.). [20]

Am 7. Dezember verstarb nach längerer Krankheit unter lieber Kollegen, der Seher

Paul Altmann

aus Almbach l. Sa., im Alter von 33 Jahren. Wir werden seinen Platz in Ehren gedenken. Bezirks- und Ortsverein Bismarck. [1965]

Schiffsetzer

(22 Jahre alt, 40 Proz. hiesigebeständig), firm im Einzelgen-, Tabellen-, Akzidenzsetz, sucht Stellung. Egal wohin! [26]

Angebote an Ernst Pfug, Quedlinburg a. S., Taubendresse 9.

Maschinenmeister

35 Jahre alt, ledig, vertraut mit sämtlichen Arbeiten an Regel und Schneidpresse, tüchtig und arbeitsfreudig, sucht auf sofort oder später dauernde Stellung in Klein- od. Mittelbetrieb, event. als Greifer. Norddeutsche, bevor. Gest. Angeb. erb. an Otto Jaitch, Wilhelmshaven, Roomstraße 13 II.

Am 18. Dezember verschied unter lieber Kollegen, der Seher invalide

Karl Späthe

im 74. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Orts- und Bezirksverein Altenburg (S. A.). [20]

Am 7. Dezember verstarb nach längerer Krankheit unter lieber Kollegen, der Seher

Paul Altmann

aus Almbach l. Sa., im Alter von 33 Jahren. Wir werden seinen Platz in Ehren gedenken. Bezirks- und Ortsverein Bismarck. [1965]

Glatter, tüchtiger

Akzidenzsetzer

für meine Filialdruckerei in Wiesbaden in Westfalen (7. Proz. Vorkaufschlag) gesucht. Geeignete jüngere, ledige Bewerber, die sich in einem kleinen Bandbischen wohl fühlen, wollen Zeugnisabschriften usw. senden an [21]

C. Wollendorf, Bide 1. Westf.

Wir suchen zum 1. Januar tüchtigen

Monolinefsetzer

für halbe Schicht in dauernde Stellung. „Öffentliche Volkszeitung“, Brinkmann & Co., G. m. b. H., Emden.

Rotationsmaschinenmeister

Scharf! Ludwig Moritzen, Duffelsdorf, Jordanstraße 7. [33]

Am 18. Dezember verschied unter lieber Kollegen, der Seher invalide

Karl Späthe

im 74. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Orts- und Bezirksverein Altenburg (S. A.). [20]

Am 7. Dezember verstarb nach längerer Krankheit unter lieber Kollegen, der Seher

Paul Altmann

aus Almbach l. Sa., im Alter von 33 Jahren. Wir werden seinen Platz in Ehren gedenken. Bezirks- und Ortsverein Bismarck. [1965]

Monotypsetzer

In dauernde Stellung für Leipzig gesucht. Offert. zu unter 1000 Schilling unter Nr. 817 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger

Typographsetzer

für A-Maschine, eventuell U, im Werklohn erbeten. [1984]

G. E. Haag, Welle 1. Hann.

Sicherheitskassen

für Benzin usw. in Westingausführung liefert. [2]

Beizer & Hoff, Duffelsdorf, Gustav-Adolf-Str. 112.

Am 18. Dezember verschied unter lieber Kollegen, der Seher invalide

Karl Späthe

im 74. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Orts- und Bezirksverein Altenburg (S. A.). [20]

Am 7. Dezember verstarb nach längerer Krankheit unter lieber Kollegen, der Seher

Paul Altmann

aus Almbach l. Sa., im Alter von 33 Jahren. Wir werden seinen Platz in Ehren gedenken. Bezirks- und Ortsverein Bismarck. [1965]